

analyse
Mordmotiv-Suche

top thema
Terrorrisiko sinkt wieder

geschichte
Geheimdienstskandale

01/19

kri^opo.at



**VEREINIGUNG
KRIMINALDIENST
ÖSTERREICH**



**WEN(N) DER
TERROR TRIFFT**

KOMÖDIE DER IRRUNGEN

Als in einer ORF-Nachrichtensendung mit Langwaffen und Schusswesten ausgestattete Kollegen gezeigt wurden, die eine Hausdurchsuchung beim BVT durchführten, war meine erste Reaktion: Wo lebe ich? In einer Bananenrepublik? Hat man Angst, dass Polizeibeamte sich mit Waffen gegen eine Hausdurchsuchung wehren? Na gut, dass sich Polizisten bewaffnet gegenüberstanden, haben wir ja schon erlebt. Anno 1950, anlässlich des Putsches der Kommunisten, sollen sich in manchen Abteilungen Kollegen mit gezogener Pistole gegenübergestanden sein. Aber 2018?

„Fake-Bilder“ aus der Konservendose, wie sich später herausstellte. In Wirklichkeit wurde die Hausdurchsuchung durch zivile Beamte (natürlich mit Dienstwaffe) durchgeführt. Auch nicht die erste Hausdurchsuchung an einer Dienststelle, und schon gar nicht die erste im Bereich des Staatsschutzes. Nichts Neues unter der Sonne.

Es folgte sofort der Aufschrei: Der neue FPÖ-Innenminister will das BVT umfärben! Hallo, mittels Hausdurchsuchung? Und mit dem Segen der Justiz? Also politische Umfärbungen der Spitzenpositionen hat es, soweit ich mich erinnere, immer wieder gegeben. Ebenso den Aufschrei gerade jener, die den Futtertrog verlassen mussten. Bisher hat man eben Abteilungen zerlegt, neue geschaffen, Leute in Pension geschickt oder zu Tode befördert.

Warum also sollte ein Innenminister, der weiß, dass er im Blickpunkt des medialen Interesses steht, so brachial und dümmlich eine Umfärbung durchführen? Die für diesen Sommer geplante Umstrukturierung des Staatsschutzes, inklusive neuer Dienststellen, wird da schon eher geeignet sein, den neuen Machtverhältnissen Rechnung zu tragen.

Kommen wir zurück zur Hausdurchsuchung. Man fragt sich, was dem BVT eigentlich konkret vorgeworfen wird.

Alkoholexzesse und sexuelle Nötigungen, so der anonyme Anzeiger, und das im Beisein von Geheimdienstleuten des englischen MI 6. Nicht unbedingt eine Empfehlung für Österreichs Polizei, sofern es wahr ist, aber maximal ein Sittenbild.

Drei Pässe für Nordkorea sind via BVT den Südkoreanern überlassen worden, wurde dann der Öffentlichkeit mitgeteilt. Leute: Das BVT ist zwar kein Geheimdienst, aber ein solcher Vorgang ist in diesen Kreisen üblich und notwendig. Wie soll man Fälskate erkennen, wenn man kein Original hat? Hoffentlich kommt jetzt niemand auf die Idee, bei der zuständigen Stelle für Dokumentenfälschung eine Hausdurchsuchung zu veranstalten, weil dort Pässe aus Burundi oder Nigeria liegen. Ja, ich weiß von der Beschuldigung, dass da jemand dafür Geld kassiert hat. Dafür haben wir ja die Korruptionsstaatsanwaltschaft, die wird das klären und sicher die Südkoreaner fragen, ob dafür etwas gezahlt wurde.

Ein Schelm, der sagt, die Affäre hätte der Reputation des österreichischen Staatsschutzes nicht geschadet. Wer traut noch einem Dienst, in dessen Geheimnissen politische Mandatare herumstöbern?

Tatsächlich könnte so etwas zur Unterbrechung des Informationsflusses zu befreundeten Diensten führen. Der war aber anscheinend schon vorher eingeschränkt, denn wie ist es anders zu erklären, dass der englische und ungarische Geheimdienst vor Terroristen im Flüchtlingsstrom 2015/16 warnten, das BVT aber dementierte?

Richard Benda

Präsident



ausgabe
01/19

splitter

Nationale und internationale Meldungen..... 5

analyse

Hype um Frauenmorde:
Suche nach den Mordmotiven 7

porträt

David gegen Goliath..... 11

top thema

Terrorrisiko sinkt weltweit 13
Wen(n) der Terror trifft..... 15
Tipp: kripo.at Dokumente 17

geschichte

Staatspolizei Affären:
Nichts neues unter der Sonne..... 21

intern

kripo.at Rätsel 25
kripo.at Termine..... 27
Aus dem VKÖ Archiv 27
Meinungsumfrage:
Wohin sollen die Reisen künftig gehen? 27
VKÖ-Ausflug 2019..... 27
Russische Impressionen..... 29

Coverbild: Shutterstock



wiesbaden.

Die deutschen Sicherheitsbörden „sitzen“ auf 175.397 oft schon länger nicht vollzogenen Haftbefehlen, so eine Statistik des BKA. Defizite haben vor allem Nordrhein-Westfalen, Bayern und Baden-Württemberg. Aber auch das BKA selbst hat 22.856 Haftbefehle offen, die Mehrzahl wegen Straftaten mit religiösem Hintergrund. Als Begründung für den Stau genannt werden Personalmangel, aber auch die Tatsache, dass ein Teil der Ausschreibungen nur landesweit erfolgt. (Quelle: www.bka.de)

zell am see.

2096 Gemeinden gibt es in Österreich, einige (wenige) davon leisten sich eine eigene Polizei. Per 1. Jänner hat in der Pinzgauer Bezirksstadt die landesweit 38te Dienststelle dieser speziellen Art ihren Betrieb offiziell aufgenommen. Die fünfköpfige Truppe untersteht formell dem Bürgermeister und kümmert sich vorrangig um Kurzparkzonen, den Jugendschutz, die Einhaltung von Alkoholverboten und Leinenzwang für Hunde. Die Gemeindebediensteten haben eine vollwertige Polizeiausbildung absolviert.



Bild: Stadtpolizei Zell/See

birmingham.

An den Hot-Spots in der Region West Midlands ist die „Messerkriminalität“ seit 2012 um 75 Prozent auf 52.176 Straftaten angestiegen. Als Reaktion lässt Chief-Superintendent Chris Todd nun 80 Funkstreifen mit Metalldetektoren ausrüsten. Die handlichen Geräte kosten rund 8000 britische Pfund (knapp 9000 €). Das Geld stammt aus einem Topf beschlagnahmten Vermögens krimineller Herkunft. (www.dailymail.co.uk)



kiel.

„Smart-Ort statt Tatort“ heißt es in Schleswig-Holstein. Im LKA wird ein Kompetenzzentrum eingerichtet, in dem Ingenieure und Techniker digitale Spuren suchen und finden sollen. Man denkt unter anderem an die Auswertung von mithörenden Sprachassistenten, smarten Saugrobotern und Stromzählern. Das Land lässt sich die zunächst bei Tötungsdelikten vorgesehene moderne Tätersuche samt Grundlagenforschung 1,3 Millionen € fürs Personal und 350.000 € für Ausbildung und Ausrüstung kosten.

(Quelle: www.kriminalpolizei.de)

wien. Nach Innsbruck (*kripo.at* berichtete) hat nun auch Wien Waffenverbotszonen, nämlich sogar zwei: Rund um den Praterstern sowie am Franz-Josefs-Kai (hier nachts von 20 Uhr bis 8 Uhr) ist die Mitnahme von Messern, aber auch von anderen gefährlichen Gegenständen nicht erlaubt. Verstöße werden mit bis zu 500 € bzw. 14 Tagen Ersatzarrest geahndet. Die Zonen gelten vorerst bis 1. Mai. Der Wunsch des Bürgermeisters, das Verbot auf die ganze Stadt auszuweiten, sei rechtlich nicht umsetzbar, so die LPD.



Trauriger Rekord bei Frauen-Morden

39 Morde 2018 bei uns, davon 34 Gewaltverbrechen an Frauen

Erschreckend: In keinem EU-Land sterben prozentuell bei Morden mehr Frauen als bei uns.

Wien. 2018 begann schon blutig: Am 3. Jänner erstach ein Familienvater (41) in Wien seine Ehefrau mit einem Messer und erwürgte seine zehnjährige Tochter. Landesweit wurden heuer bereits 39 Bluttaten verübt,

34 Opfer waren Frauen. Selbst *kripo.at*, das Magazin der Exekutive, titelte zuletzt dramatisch: „Frauenmord-Land Österreich“.

Die meisten weiblichen Opfer starben durch einen Beziehungstäter: Erwürgt, erschossen, erstochen, erschlagen. Die häufigsten Motive sind rasende Eifersucht, dro-

hende Scheidung, erbitterter Streit um die Kinder.

EU-Statistik. Mit den nun geklärten Verbrechen in Kärnten ist das Jahr 2018 auf traurigem Rekordkurs. Laut einer Analyse des EU-Statistikamts Eurostat wurden bei uns prozentuell mehr Frauen umgebracht als in jedem anderen Land der Union.



Trauriger Rekord Österreich führt beim Mord an Frauen.

analyse

FEMIZID-HYPE: SUCHE NACH DEN MORDMOTIVEN

Gewalt gegen Frauen – ein gesellschaftliches Problem. Die letzte 2018 verübte Bluttat und der erste heurige Mord erfüllten alle Klischees: Ein syrischer Flüchtling erschlug seine Frau, ein türkischstämmiger Islam-Fanatiker erstach die Mutter seiner Kinder. Dessen ungeachtet wird mit „Frauenmord“ in der öffentlichen Debatte eher oberflächlich umgegangen. Ein „Motiv-Screening“ ist angebracht.

Das Jahr 2019 hat mörderisch begonnen: Innerhalb von 17 Tagen sind sechs Frauen bzw. Mädchen in Niederösterreich und Wien umgebracht worden, zumindest fünf von ihnen nahestehenden Männern. Wie von *kripo.at* in Ausgabe 05/18 aufgezeigt, belegen die Daten von Eurostat, dem Statistikamt der EU, dass nirgendwo in Europa prozentuell mehr weibliche Opfer von „gefährlichen Angriffen“¹ zu beklagen waren als in Österreich. Für 2015 (und die Jahre davor) liegen Vergleichszahlen aus 34 Ländern vor, der bedenkliche Trend dürfte sich fortgesetzt haben und auch anhalten. Der *kripo.at*-Artikel ist übrigens von zahlreichen Medien – von

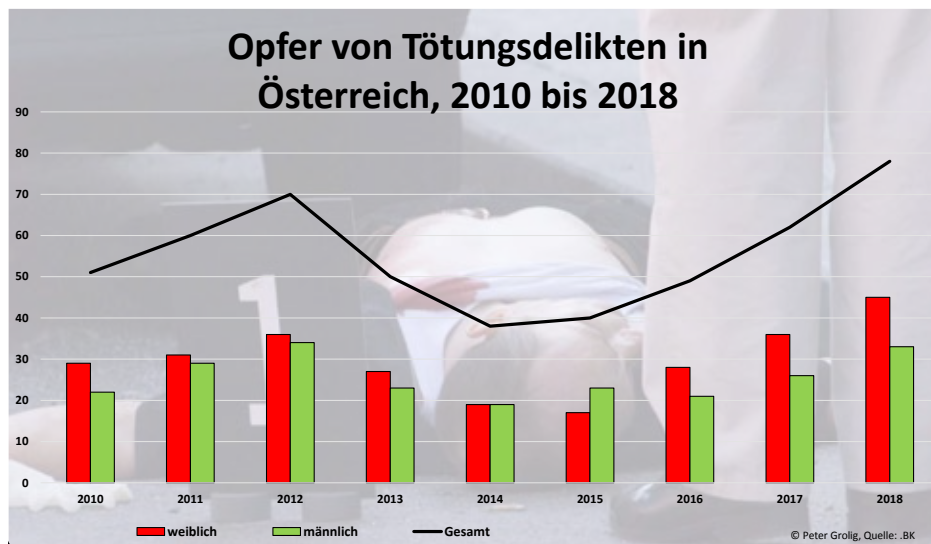
Österreich bzw. oe24.at bis hin zu den *Salzburger Nachrichten* – zitiert oder zumindest übernommen worden. Auch in der Politik ist der Beitrag auf Interesse gestoßen, noch ehe die „Mordserie“ zum Jahreswechsel die Diskussion bestimmt hat.

Dass Frauen häufig und offenbar zunehmend (häuslicher, männlicher) Gewalt ausgesetzt sind, ist ein trauriges Faktum. In Fachkreisen hat sich der Ausdruck „Femizid“ bzw. „Feminizid“ etabliert, womit die Tötung eines Menschen wegen der Zugehörigkeit zum weiblichen Geschlecht gemeint ist. Seinen Ursprung hat der Begriff in fernen Kulturkreisen, wo die Motivlage allerdings

meist doch etwas anders gelagert ist als etwa hierzulande. Indien und viele moslemisch dominierte Staaten sind diesbezüglich Extrembeispiele.

Stellt sich die Frage, was hinter den trockenen Zahlen der (Kriminal-)Statistik in Österreich steckt. Die Daten werden in der einschlägigen medialen Berichterstattung schlagzeilenträchtig herangezogen und finden sich dann auch in öffentlichen und politischen Debatten wieder. Im Regelfall aber unreflektiert. Ist wirklich jeder Mord an einer weiblichen Person auch ein „Frauenmord“ im heiß diskutierten Sinn? Immerhin kritisiert auch der Europarat, dass Österreichs

¹ eine über Mord & Totschlag hinausgehende statistische Definition, die nicht mit der Kriminalstatistik vergleichbar ist



Kriminalstatistik kaum Rückschlüsse zulässt, was genau mit „familiärer Beziehung“ von Opfer und Täter gemeint ist: Der Ehemann? Der Bruder? Der Vater? Der Sohn? Wer sonst? Überhaupt unbeantwortet bleibt: Was war das Motiv?

WAS HINTER DER STATISTIK STECKT

In den „Mordbilanzen“ sind jedenfalls Fälle inkludiert, bei denen hoch betagte Männer ihre ebenso alten Frauen (und dann sich selbst) umbringen, etwa weil ihnen schwere Leiden zu schaffen machen. Auch die Tat eines psychisch Kranken, der seine Mutter im Wahn erschlagen hat, wird von der Statistik anonym als „Frauenmord“ ausgewiesen. Wie die Tötung eines (weiblichen) Babys nach der Geburt (durch die Mutter). Ein Sexualmord, begangen an einer dem Täter Unbekannten, ist zweifelsfrei „Gewalt gegen eine Frau“, aber eben in einem völlig anderen Zusammenhang. Und der Raubmord an einer 91-Jährigen – ein „Femizid“? Ohne hinter die Zahlen zu blicken, geht sogar die unfassbare Ermordung einer Siebenjährigen in Wien (durch einen abnormen Täter) rein statistisch ebenso in die Kategorie „Frauenmorde“ ein wie der mutmaßlich psychisch bedingte Eifersuchtsmord an einer Frau; begangen von – einer Frau.

In Österreich ist die Zahl der polizeilich registrierten Tötungsdelikte im vergangenen

Jahr gegenüber 2017 von 62 auf 78 angestiegen. 45 Opfer waren der (vorläufigen) Statistik zufolge weiblich¹ (2017: 36).

WIENER „MORD-ANALYSE“

Allein in Wien musste im abgelaufenen Jahr 26 Mal fremd verschuldeter Tod von Menschen angenommen werden. Davon wurde ein Fall in weiterer Folge als Notwehr gewertet, in einem weiteren sind die Gift-Mord-Ermittlungen aufgrund eines entlastenden gerichtsmedizinischen Gutachtens eingestellt worden. Von den 24 verbliebenen und hier relevanten Opfern waren 13 weiblich. Sieht man sich bei diesen mutmaßlichen „Femiziden“ die Motivlage – wie oben dargelegt – näher an, bleiben sechs Fälle mit sieben Toten (bei einer Tat sind Mutter und Tochter umgebracht worden, Anm.), die zweifelsfrei unter den Begriff (männlicher) „Gewalt in der Familie“ einzuordnen sind.

Vier Opfer sind erstochen, je eines stranguliert, erschossen und ertränkt worden. In zwei Fällen hat der Täter anschließend Suizid verübt. Bei den „richtigen“ Beziehungsdelikten überwiegen als Motive Eifersucht, Liebe, die in Hass umschlägt, sowie das Gefühl mancher Männer, bei einer Trennung die Frau als „Besitz“ zu verlieren. Oft sind die Partnerschaften schon vor dem fatalen Ende von Gewalttätigkeiten geprägt, auch einschlägige Anzeigen hat es im Vorfeld bereits gegeben. Zunehmend sind auch kultu-

relle bzw. religiöse Aspekte, die in der Heimat von Täter/Opfer von Bedeutung sind.

Und was ist mit den elf männlichen Opfern? Nun: Je zwei sind von ihren Söhnen erstochen bzw. bei Raufereien und Raubüberfällen getötet worden (ein Mann von einer Frau, Anm.). Ein Sterbenskranker wurde von der Freundin „erlöst“, ein Bub ist bei einem hart am Rande der Vorsätzlichkeit verschuldeten Fenstersturz ums Leben gekommen und ein achtmonatiger Säugling von der verwirrten, zurechnungsunfähigen Mutter erstickt worden. Ein Mann wurde umgebracht, weil sich der hochgradig schizophrene Täter eingebildet hat, er wäre von ihm fortlaufend sexuell missbraucht worden. Schließlich ist ein Schwermörder im Zuge nahezu krieglerisch geführter Bandenkonflikte hingerichtet worden. Übrigens waren bei den in Wien polizeilich als Tötungsdelikte eingestufteten Taten in Summe nur zwei Mal Schusswaffen das Tatmittel, neun Mal waren es Messer. Die absolute Mehrzahl aller Blutverbrechen wird von Männern verübt, 2018 waren in Wien nur vier Frauen Tötungsdelikten verdächtig.

PSYCHISCHE AUSLÖSER

Was bei den (Wiener) Morden im vergangenen Jahr auch noch aufgefallen ist: Vier der bereits gerichtlich abgehandelten Taten haben mit der Einweisung des Täters (bzw. der Täterin) in eine Anstalt für geistig Abnorme geendet. Bei zumindest drei weiteren Tötungsdelikten scheinen ebenfalls psychische Störungen Auslöser der Tragödien gewesen zu sein. Wobei sich die Täter nicht erst nach Konsultation einer offenbar auf diese Verantwortung spezialisierten Anwältin plötzlich auf „innere Stimmen“ berufen haben...

In fast allen oben dargelegten Fällen waren Opfer und Täter in irgendeiner Form miteinander bekannt, verwandt, verheiratet oder zumindest liiert. „Alarmzeichen“ waren im Vorfeld häufig, wobei sich Gewaltakte und psychische Auffälligkeiten die Waage halten.

● peter.grolig@kripo.at

¹ laut noch inoffizieller Kriminalstatistik

NUR BIS
15.08.2018!
WWW.DIESELKLAGE.AT

porträt

DAVID GEGEN GOLIATH

Ein gemeinnütziger Verein hilft Geschädigten im Kampf David gegen Goliath, um zu ihrem Recht – sprich Geld – zu kommen. Kriminalbeamte und sorgsam von ihnen angelegte Akten sind dabei hilfreich. Derzeit im Focus: „Wienwert“ und der VW-Abgasskandal.

Oft geht es bei kriminalpolizeilichen Ermittlungen nicht bloß nur um strafrechtliche Sachverhalte: Gerade bei Betrug oder so genannten „Wirtschaftsdelikten“ (Untreue, Preisabsprachen etc.) geht es im Hintergrund für die Opfer oft vorrangig um Schadenersatz – denn die Tatsache, dass ein Täter zur Verantwortung gezogen und bestraft wird, hilft den Geschädigten meist wenig. Gerade Kleinaktionäre, Kunden von Unternehmen oder Kleinunternehmer, die etwa überhöhte Kartell-Preise bezahlen mussten, wollen meist eines: Den Ausgleich ihrer Schäden in Form von Geld.

Der gemeinnützige Verein COBIN claims, 2017 von zahlreichen Vertretern der Zivilgesellschaft ins Leben gerufen, organisiert genau in diesen Fällen rechtliche Hilfe, um Geschädigten auf nicht gewinnorientierter Basis geordnet, zielgerichtet und unbürokratisch via Sammelaktionen (zB.: verbilligter Zugang zu anwaltlicher Hilfe) oder Sammelklagen (zB.: VW-Sammelklage „dieselklage.at“) Zugang zum Recht anzubieten. Hinter COBIN claims hat sich etwa im mutmaßlichen Anleger-Betrugsfall „Wienwert“ mit 470 Teilnehmern die größte Geschädigten-Gruppe formiert, im VW-Abgasskandal meldeten heimische Konsumenten und Unternehmen 6.761 Fahrzeuge zur einer Sammelklagen-Aktion an.

COBIN claims-Obmann Oliver Jandl, langjähriger Polizei-Reporter und früherer Wirtschaftsjournalist: „Viele Massenschaden-Fälle weisen eine strafrechtliche Komponente auf. Seien es Ermittlungen um Betrug und Untreue wie im Fall ‚Wienwert‘ oder dieselben Delikte im VW-Abgasskandal.“ Der studierte Jurist verweist auf die enge Verzahnung von Straf- und Zivilverfahren. Im Regelfall werden Geschädigte zunächst als Privatbeteiligte den Strafverfahren angeschlossen: „Dies führt dazu, dass man die Ansprüche der Geschädigten vor der Verjährung schützen kann

und man Einblick in den Strafakt bekommt“, sagt Jandl. Mit Erkenntnissen aus dem Strafverfahren können Anspruchsgrundlagen erarbeitet werden, die letztlich zu Muster- oder Sammelklagen führen.

Jandl: „Würde es diese Strafverfahren nicht geben, müsste man den gesamten Sachverhalt mühselig und kostenintensiv in Zivilverfahren aufarbeiten. Das bedeutet, dass zum Beispiel Gutachteraufträge viel umfangreicher erteilt werden müssten oder Zeugenladungen weit häufiger nötig werden als mit einem profund erarbeitenden Strafakt, der viele Informationen schon enthält. Außerdem ist es einem ‚zivilen‘ Gutachter kaum möglich, verborgene Informationen ans Licht zu bringen – hier sind Kriminalbeamte durch ihre Befugnisse im Vorteil, Sachverhalte aufzuklären.“

Für Jandl bedeutet dies in der Conclusio: „Je mehr für Geschädigte relevante Informationen einem Strafakt zu entnehmen sind, desto rascher und vor allem kostengünstiger können danach die Zivilverfahren laufen, in denen den Betroffenen das Geld zurückgegeben wird, das ihnen unrechtmäßig genommen worden war. Kriminalbeamte sind daher nicht nur für die Strafjustiz, sondern indirekt auch für jeden einzelnen Betroffenen und dessen Schadenersatzansprüche tätig. Es ist sehr erfreulich, wenn zum Beispiel bei Wirtschaftsdelikten auch zivil- oder gesellschaftsrechtliche Umstände bei Ermittlungen mit ins Auge gefasst werden – nicht nur in Hinblick darauf, wie das rechtswidrige Verhalten der Täter einzelne Tatbestände erfüllt, sondern auch, welcher Schaden letztlich bei Hunderten oder gar Tausenden Betroffenen entstanden ist. Wie wir aus unseren Sammelaktionen wissen, stärken nicht nur strafrechtliche Verurteilungen, sondern auch der Schadenersatz für jeden einzelnen Betroffenen das Vertrauen der Bürger in den Rechtsstaat Österreich.“

TRAVEL SECURITY RISK
LOW

Please consult International SOS for the very latest ratings and more detailed information on country-specific risks. Last updated 10 DEC 2018. View our risk rating definitions here.

- Insignificant
- Low
- Medium
- High
- Extreme

MEMBERS

Please login to your portal for detailed information on alerts.

Enter your membership number

LOGIN

mapbox

Travelriskmap.com | Disclaimer: CartoDB attribution, © Mapbox © OpenStreetMap

top thema

TERRORRISIKO SINKT WELTWEIT

Jedenfalls in Westeuropa sind die zuständigen Stellen überzeugt, mit Terroranschlägen und deren Folgen umgehen zu können. Dass es – trotz abnehmender Terrorgefahr – wieder und wieder krachen wird, gilt als sicher. Aber wen es wann und wo treffen könnte, das ist die große Unbekannte.

Wo der Terror unmittelbar zuhause ist, lässt sich leicht verorten: Zehn Länder, allen voran Irak, Afghanistan und Nigeria, verzeichneten laut kürzlich veröffentlichtem „Global Terrorism Index 2018“ (GTI) nicht weniger als 84 Prozent der weltweit durch Anschläge getöteten Menschen (für das analysierte Jahr 2017, Anm.). Und egal welchen Experten und Studien man glauben schenken mag, Österreich schneidet in Sachen Terrorgefahr (sehr) gut ab. Der GTI reiht Österreich im Vergleich von 163 Staaten auf Platz 79 und stuft das Risiko als „gering“ ein. Unser Nachbarland Deutschland schneidet mit Rang 39 und der Bewertung „durchschnittlich“ schlechter ab.

Ein Aspekt sorgt bei diesem Ranking jedoch für Verwunderung: Der Studie zufolge hat sich die Lage in Österreich von 2016 auf 2017 verschlechtert, weil eine Steigerung der Terroropfer zu verzeichnen gewesen sein soll. Somit ist die Alpenrepublik von Rang 89 auf 79 abgerutscht. Nun ist heimischen Experten aber besten Willen kein Attentat in Erinnerung. Da die GTI-Verfasser keine Details nennen, bleibt nur eine Erklärung: Nach einem Doppelmord in Oberös-

terreich ist anfänglich in den Raum gestellt worden, dass die Tat islamistisch motiviert gewesen sein könnte. Der Verdacht hat sich nicht bestätigt, ein Zusammenhang mit dem IS wurde im Urteil („lebenslang“) vom Gericht ausgeschlossen. Wahrscheinlich, so die nachträgliche Erklärung, hat sich das nicht bis nach Australien herumgesprochen, wo der GTI von der Denkfabrik Institute for Economics & Peace (IEP) erstellt wird.

Gepeist wird der GTI mit Material der Universität von Maryland, die Terroranschläge seit 1970 registriert und auswertet. Die Datenbank umfasst nicht weniger als 170.000 einschlägige Vorfälle.

Laut dem Index hat es 2017 um 23 Prozent weniger Terroranschläge als 2016 gegeben, nach dem Höchststand 2014 zum dritten Mal in Folge ein (deutlicher) Rückgang. Deshalb ist auch die Opferzahl um 27 Prozent gesunken, auf exakt 18.814. Der selbsternannte „Islamische Staat“ (IS) sei zwar weiterhin für die Mehrzahl getöteter Menschen verantwortlich gewesen, jedoch war dessen Einfluss offenbar stark rückläufig. Seinen Anschlägen wurden nur mehr halb so viele Todesopfer zugeschrieben als

im Jahr davor: 4.350 statt 9.150. Halbiert hätte sich auch die Opferzahl in Westeuropa (81), wobei der Bericht interessanterweise für Österreich eine steigende Opferzahl ausweist, ohne jedoch Zahlen oder gar Fakten zu nennen (siehe oben).

Sich auf Studien aus Deutschland und den Niederlanden berufend, verweisen die Autoren darauf, dass immer mehr identifizierte Terroristen aus dem kriminellen Milieu stammen: Mehr als 60 Prozent der „Foreign Fighters“ haben demnach eine Verbrecherkarriere hinter sich. Kooperationen von Terrororganisationen und organisiertem Verbrechen gilt in einigen Bereichen als erwiesen, vor allem was Drogen- und Menschenhandel betrifft.

Für Geschäftsreisende (und Touristen) werden von verschiedenen Einrichtungen globale Risikobewertungen erstellt. So lässt – auch mit Hilfe der Reisewarnungen des Außenamts – mit einem Blick ins Internet abschätzen, wie sich die Lage im Zielland darstellt. *travelriskmap.com* etwa bietet die Faktoren „Sicherheit“, „medizinische Versorgung“ und „Straßenverkehrssicherheit“

• peter.grolig@kripo.at



top thema

WEN(N) DER TERROR TRIFFT

Was passiert, wenn ein Anschlag geschehen ist? Wie agieren Polizei und Rettungskräfte im Ernstfall? Was hilft Opfern und deren Angehörigen? Fragen wie diese standen beim jüngsten VKÖ-Symposium „Wen(n) der Terror trifft“ im Mittelpunkt. Österreich ist glücklicherweise seit langem von Terroranschlägen verschont geblieben - die Gefahr eines Angriffs ist jedoch nicht gebannt. Für diesen „Worstcase“ gibt es vorbereitete Einsatzpläne. Heimische Experten gaben dazu einen Einblick samt kritischer Betrachtung, Kollegen aus Deutschland berichteten über die Erfahrungen und Erkenntnisse mit tatsächlichen „Terrorlagen“: Ein Nachbericht.

Paris, November 2015 - in Restaurants, Bars und der Konzerthalle Bataclan verüben islamistische Extremisten Anschläge, bei denen 130 Menschen sterben und 352 verletzt werden. Juli 2016, Nizza: Ein Attentäter überfährt wahllos mit einem Lkw Passanten, 86 Menschen aus 21 Nationen werden getötet. Im Dezember 2016 rast ein Lkw durch die Besucherschar am Weihnachtsmarkt am Berliner Breitscheidplatz - 12 Menschen sterben, 50 werden verletzt. In einer Metrostation in Brüssel und am Flughafen explodieren im März 2017 Bomben, die 35 Menschen in den Tod reißen und mehr als 300 verletzen. Mai 2017: In Manchester sprengt sich ein Selbstmordattentäter nach einem Pop-Konzert in die Luft - 22 Menschen, überwiegend Kinder und Jugendliche, sterben mit ihm. Nahe des Straßburger Weihnachtsmarktes erschießt und ersticht im Dezember 2018 ein Angreifer fünf Menschen.

Ein kleiner Auszug an Terroranschlägen in Europa der letzten vier Jahre. Eines haben die meist dschihadistisch motivierten Terrorakte gemeinsam: Die Täter wollen mit ihren Aktionen möglichst viele Menschen tö-

ten und verletzen. Ob mit Bomben, Schusswaffen, Messern oder „Car-Ramming“ - die Folgen sind verheerend. Und sie stellen Polizei, Rettungsorganisationen und Opferhilfeeinrichtungen bei ihrer Bewältigung vor große Herausforderungen.

Als eines von wenigen europäischen Ländern ist Österreich in jüngster Zeit von Anschlägen verschont geblieben. Wie die Auswirkungen einer solchen tödlichen Attacke bewältigt und aufgearbeitet werden können - vom Eintreffen des ersten Polizisten am Tatort, der Rettung und Hilfe für eine möglicherweise Vielzahl an verletzten Menschen bis hin zur kriminalistischen Aufklärung einer solchen Straftat - dazu gibt es aber auch hierzulande eine Reihe von (taktischen) Einsatzkonzepten.

Beim VKÖ-Symposium mit dem bezeichnenden Titel „Wen(n) der Terror trifft“ gaben dazu eine Reihe Vortragender aus dem In- und Ausland einen Einblick. „Eine Premiere für den VKÖ, erstmals beschäftigen wir uns mit Dingen, die bei uns noch gar nicht eingetreten sind“, erklärte VKÖ-Präsident Richard Benda bei der Eröffnung.

Was sich nach Ansicht mancher Experten schnell ändern kann.

ERFAHRUNGEN IN DEUTSCHLAND

„Es sind immer Menschen betroffen und bei solchen Ereignissen gibt es ein Spannungsverhältnis zwischen Retten, Erstversorgung und der polizeilichen Aufgabe, sich ein klares Bild der Lage zu verschaffen“, erklärte Hermann-Josef Borjans, seit 40 Jahren Kripobeamter sowie Vorstandsmitglied im „Bund deutscher Kriminalbeamter“. Bei einer Fachtagung mit Spezialisten aus sieben Ländern wurden die Ereignisse bei drei Anschlägen (Brüssel, Berlin, Manchester) aufgearbeitet und analysiert sowie Gespräche mit Opfern geführt. Die Erkenntnisse brachten viele Hinweise, wie Einsatzkräfte nach einem (Terror-)Anschlag agieren müssen, wo es Fehler gab und was zu verbessern ist.

„Was ist wahr, was ist tatsächlich verifiziert - man darf nur gesicherte Informationen weitergeben“, so Borjans zur Situation unmittelbar nach einem Anschlag. Wie

auch Berlin gezeigt habe, ist speziell für Rettungskräfte eines der größten Probleme: „Wer sagt ihnen, angesichts herumliegender Verletzter, ob der Schauplatz sicher ist, ob nicht weitere Täter auftauchen, ob noch scharfe Sprengsätze herumliegen - für die Feuerwehrleute war es schwierig, nicht zu wissen, was sie noch erwartet.“ Gerade die Einschätzung, ob ein Anschlag vorliegt, ist für die Einsatztaktik der Rettungskräfte entscheidend (siehe Seite 19).

Die Abwägung, was vorgeht, was noch kommen kann, ist natürlich schwierig. Borjans: „Am Brüssler Flughafen sollte ein Täter eine zweite, größere Bombe zünden, um gezielt die Einsatzkräfte zu treffen.“ Das ist gescheitert, weil dieser Täter durch die Druckwelle der ersten Bombe selbst verletzt wurde.

„Es sind internationale Ereignisse, Tote und Verletzte stammen oft aus vielen Nationen. Beim kommunizieren mit Opfern und Angehörigen müssen Sprachbarrieren überwunden werden, auf das muss man vorbereitet sein“, so Borjans. Dass richtige und schnelle Information für Angehörige möglicher Opfer mitunter an behördlichen Zuständigkeitsregeln scheitern, musste man auch in Berlin feststellen: Drei Tage dauerte es, bis die Polizei einer israelischen Familie mitteilen konnte, dass die Mutter unter den Toten ist. „Wir haben etwas mühsame Regeln - zuerst war die Berliner Polizei zuständig, dann das Landeskriminalamt und dann, weil Terroranschlag, der Generalbundesanwalt - das dauert alles und keiner entscheidet.“ Die Zuständigkeitsfrage sollte in Österreich besser funktionieren (siehe weiter rechts).

OPFER FLIEHT IM BLUTVERSCHMIERTEN T-SHIRT

Was bei der Evakuierung, Fahndung sowie im Umgang mit Opfern schief laufen kann, zeige, so Borjans, der Fall des Niederländers Ferry: Dieser lag im Pariser Bataclan unter seinem tödlich getroffenen Freund und dachte sich nur „ich muss hier weg.“ Was ihm gelang - er verließ den Schauplatz, setzte sich mit blutverschmiertem T-Shirt in sein Auto und fuhr ohne jemals

angehalten und kontrolliert zu werden heim nach Amsterdam. Sechs Wochen später stand ein Beamter der örtlichen Polizei vor seiner Türe und erklärte: „Ihr Ausweis wurde im Bataclan gefunden, sie können diesen auf der Wache abholen.“ Ferry's erster und einziger Kontakt mit einer Behörde.

Dass die richtige Information besorgter Angehöriger möglicher Opfer einer guten internationalen Behördenkooperation bedarf, wusste die Betroffene Michaela zu erzählen. Über Medien und Bilder in sozialen Medien erfuhr die Deutsche im Juni 2015 vom Attentat im tunesischen Hotel Riu, wo sich ihre Schwiegermutter aufhielt. Vom Hotel selbst erhielt Michaela die Information, dass die Schwiegermutter unter den Toten sei. Ihr Versuch, bei der deutschen Polizei und in weiterer Folge dem Außenamt sowie Botschaft genaue Informationen zu erhalten, scheiterte mit den Auskünften: „Wir können nichts sagen.“ Erst nach fünf Tagen gab es die offizielle und traurige Bestätigung, dass die Mutter unter den Todesopfern war.

Die „Krisenkommunikation“ müsse, so Borjans, unbedingt im Vorhinein geplant werden. Ob es überall funktioniert, alle Verletzten in ein Krankenhaus zu bringen und dort eine zentrale Infostelle einzurichten, daran gibt es in Österreich Zweifel. Die Belgier haben dies so gehandhabt: Ein ganzes Spital wurde für die Opfer freigeräumt und gleich daneben ein Infozentrum samt entsprechend geschultem Personal eingerichtet.

HILFE FÜR DIE HELFER

Eine (Nach-)Betreuung brauchen auch Einsatzkräfte. Von den beim Manchester-Anschlag involvierten 1037 Kräften waren viele schwer belastet, weil sie gleichaltrig waren wie die zumeist jungen Opfer. 178 Mitarbeiter wurden hinterher intensiv betreut. Borjans: „Das sind alles Dinge, die man schon



Vortragende: Josef Tischhart (li.), Uwe Kranz, Hermann-Josef Borjans

vorher im Kopf haben muss und die man in Planungen berücksichtigen sollte.“

Offene Fragen gibt es im Bereich Opferhilfe - „Täter haben eine Zukunft - alle Opfer haben lebenslang.“ Nach EU-Opferschutzrichtlinien haben auch Angehörige die Möglichkeit einer professionellen Begleitung, es gibt Regelungen für materielle und immaterielle Schäden. Welche Ansprüche Betroffene eines Terroranschlages nach dem österreichischen Verbrechenopfergesetz (VOG) haben, darüber herrscht bei Opferhilfseinrichtungen wie dem heimischen „Weißen Ring“ eher Ratlosigkeit. „Generell wurde mit uns bisher noch nicht gesprochen, was wir tun können im Falle eines Anschlages“, erklärte Referent Tobias Körtner, Psychologe und Teamleiter beim Weißen Ring. Es gebe den Ruf nach einer Vernetzung und „angeblich gibt es Pläne dafür im Innenministerium, aber wir sind bis dato nicht informiert.“

ALLE MASSNAHMEN GLEICHZEITIG

„Nach einem Angriff sollten alle Maßnahmen praktisch gleichzeitig anlaufen, da gibt es keine Punkt-für-Punkt-Reihenfolge“, berichtete Referent Josef Tischhart vom LVT Wien über die im BMI-Handbuch „Terror-, Amok- und Geisellage“ festgehaltenen Grundlagen für das Vorgehen der österreichischen Polizei. „Erstmals beschäftigt mit solchen Plänen haben wir



der Praxis dürften sich dabei - wie Erfahrungen anderer Ländern zeigen - aber Probleme ergeben.

Erstintreffende Polizisten am Tatort müssen sich einen genauen Überblick verschaffen, vieles mitbedenken und Informationen weiter berichten: Gab es Explosionen, wurden Schusswaffen verwendet, wie ist die Witterung (es könnten „schmutzige Bomben“ eingesetzt worden sein), sind Gebäude beschädigt und vieles mehr. Tischhart: „Bei Übungen haben wir gesehen, dass es zuerst tolle Berichte gibt, die aber plötzlich abreißen.“ Für noch laufende Angriffe gilt mittlerweile die Strategie: Aktive Täter sind sofort zu bekämpfen, kein Warten auf Spezialkräfte.

„Wer identifiziert gleich, dass es sich um eine Terrorlage handelt und nicht um die banale Explosion einer Gasflasche am Weihnachtsmarkt - der erstintreffende junge Inspektor kann das ja gar nicht“, wies Reinhard Schmidt, Landesleiter des oberösterreichischen Roten Kreuzes, auf einen der „Knackpunkte“ hin. Denn diese Einschätzung ist für den weiteren Rettungseinsatz extrem wichtig. Schmidt: „So lange ich nicht weiß, was wirklich los ist, darf ich

strenggenommen meine Kräfte nicht zum Tatort lassen - und die sehen mitunter Dutzende am Boden liegende und schreiende Schwerverletzte.“

Eine, so Tischhart, sicher schwierige Situation: „Der Polizist wird dem Sanitäter nicht verbieten können, zu helfen. Aber er wird ihm auch keine Freigabe geben können, die darf es erst geben, wenn der Tatort sicher ist - und ob der sicher ist, das sagen zum Beispiel erst die Entschärfer.“ Die Vorgabe lautet: Helfer müssen auf mögliche Gefahren hingewiesen werden. Diskutiert wird, ob zuerst nicht nur die ausgebildeten Sanitäter von Sondereinheiten wie WEGA und Cobra vorrücken sollten. Wohl auch eine Kapazitätsfrage.

KOMMANDANT VOR ORT

„Herstellung der Führungsfähigkeit“ heißt es in den ersten Minuten. Laut Grundsatzpapier übernimmt zuerst der oder die Erstintreffende das Kommando. Seit kurzem vorgesehen ist das „System mit einem Kommandanten vor Ort (KvO)“: Entsprechende Personen (der nächstgelegene PI-Kommandant?) müssen rasch her gebracht werden, sie übernehmen die ope-

uns zur EURO 2008“ so Tischhart, der auch viele Jahre im Bereich Terrorbekämpfung im BVT gearbeitet hat. In eine „schöne Blumengrafik“ verpackt lesen sich die zu setzenden Maßnahmen bei einer Terrorlage einfach: Angriff beenden, Lage überblicken und Führung einrichten, Retten und Evakuieren, Sperrkreise errichten, Prävention, Fahndung und Ermittlung, Tatortarbeit und Medienarbeit starten. In

UNITY VON DAESH UND AL-QAIDA ALS KÜNFTIG GRÖSSTE GEFAHR

Der Daesh, der „islamische Staat“, ist längst nicht tot. Militärisch gesehen ist der Daesh in Syrien und Irak praktisch vernichtet. Doch der Kalif agiert auch ohne sein Kalifat weiter - und geht mit seinen Jüngern auf Wanderschaft. Die Gefahr weiterer Anschläge ist alles andere als verschwunden. Das sind einige der Prognosen von Uwe Kranz. Der deutsche Ministerialrat a.D. gilt als einer der besten Kenner der islamistischen Terrorszene, seine Warnungen wurden oftmals „als Panikmache“ kritisiert. Doch viele seiner Vorhersagen sind eingetreten.

Die beiden großen Strömungen des islamistischen Terrorismus sind, so Kranz, heute der Daesh (auch ISIS oder IS benannt) und die al-Qaida. Der Daesh hat sich abseits von

Syrien längst neu organisiert und viele neue Provinzen aufgebaut. Dass es der Terrororganisation nicht mehr möglich sei, neue Kämpfer anzuwerben, sie zu trainieren und auf der ganzen Welt Anschläge durchführen zu lassen, „darf man sehr bezweifeln.“ Der „Daesh mutierte seit 2017 von einem Schein-Staat in ein klandestines internationales Terror-Netzwerk mit weiterhin gesicherten Finanz-, Kommunikations- und Kommandostrukturen.“

Daneben existiert al-Qaida (AQ) mit „seinen vielen Filialen“, möglicherweise schon unter Führung von Hamza bin Laden, dem Sohn von Osama bin Laden. Dieser gilt seit Jahren als neues Gesicht von al-Qaida. Hamza könnte es gelingen, die AQ neu zu vereinen und zu strukturieren - und „zumindest Teile des Daesh zu integrieren.“ Diese Unity, eine vereinte Terrorgruppe unter gemeinsamen Logo, ist „wohl ein weltweites Worstcase-Szenario.“



TIPP:

Die VKÖ hat in der Schriftenreihe „Dokumente“ in kompakter Form zahlreiche Analysen von Uwe Kranz von 2015 bis heute veröffentlicht. Sie bieten einen detailreichen Überblick über Geschichte, Topografie und handelnde Personen der islamistischen Terrorszene. Die „Dokumente“ sind beim VKÖ erhältlich.

orative Einsatzleitung vor Ort, ausgestattet mit eigenen magentafarbenen Jacken. Tischhart: „In weiterer Folge fahren die integrierten Führungs- und Einsatzstäbe in der LPD hoch, gleiches im Innenministerium bis hin zum Interministeriellen Krisenstab.“

Evakuierung des Tatortes, Errichten von Sperrkreisen („das Abschätzen richtiger Entfernungen ist oft schwierig“), die Schaffung gesicherter Rettungskorridore in die „heiße Zone“ zur Bergung Verletzter, Einstellung des öffentlichen Verkehrs („um Tätern die Flucht zu erschweren“), erste Fahndungsmaßnahmen und Start der Tatortarbeit („nach Absicherung“) folgen. Vorsicht ist dabei überall geboten. Bei den Zugsanschlägen in Madrid wurde etwa der Rucksack mit einer nicht explodierten Bombe mit dem Gepäck der Fahrgäste weggeräumt. Erst in der Sammelstelle wurde die Bombe entdeckt.

Was die Zuständigkeit betrifft, dürfte es in Österreich, so Tischhart, weniger Probleme als in Deutschland geben: „Eine übergeordnete zentrale Stelle haben wir nicht, es agiert die nach dem Tatort örtlich zuständige Staatsanwaltschaft.“ Für die ebenfalls sofort einsetzende Medienarbeit gilt: „Nur einer gibt Auskunft, gerade am Anfang werden mit vorbereiteten Wordings nur wirklich gesicherte Fakten vermittelt.“

GEMEINSAM PLANEN UND VIEL ÜBEN

„Trotz all dieser Planungen für den Worstcase hoffe ich, dass wir diese Herausforderungen nie lösen müssen“, meint Josef Tischhart. Kollege Hermann-Josef Borjans setzt auf die Devise: „Bereits im Vorfeld müssen wir gemeinsam reden, planen und viel üben - wenn's passiert, dann heißt es gemeinsam umsetzen.“ Nachgebessert werden müsste laut Borjans auf jeden Fall in Sachen Datenschutz („da ist die Justiz gefordert“), eine bessere Zusammenarbeit mit der deutschen Notfallseelsorge wäre wünschenswert („Österreich ist da mit seinen Krisenteams vorbildlich“) und bei der Opferhilfe gehören EU-Richtlinien tatsächlich umgesetzt.

• johannes wolf

„EINE UNGLAUBLICHE MATERIALSCHLACHT“

Auf was Rettungsdienste achten müssen, welche Probleme ein MANV-Einsatz (= Massenansturm von Verletzten) bringen kann, schilderte Reinhard Schmidt, Landesrettungskommandant des Roten Kreuzes OÖ: „Eine taktische Herausforderung, es braucht eigene Strukturen, von Verbandsplätzen über den (Luft-)Transport bis hin zur Verlegung Verletzter in Spezialkliniken.“

Erfahrungen mit der raschen Versorgung vieler Verletzter, der Datenerfassung etc., hat das RK bei Busunglücken oder dem Zeltfest-Unfall 2017 mit rund 150 teils Schwerverletzten gesammelt. Bei einem Terroranschlag werden aber nicht nur Opfer geborgen, „da müssen wir auf die Sicherheit unserer Leute achten, dynamische Einsatzzonen schaffen, den Wegtransport Verletzter aus der heißen Zone nach einem mobilen, geguideten Verfahren absolvieren und vieles mehr.“ Die Kapazität an Rettungsmitteln ist begrenzt: „Im Großraum Linz schaffen wir es in zwei Stunden, rund 25 arztgestützte Sonderrettungsmittel vor Ort zu haben.“ Normal muss ein Schwerverletzter in einem Sonderfahrzeug versorgt werden, mit „Abstrichen schaffen wir drei Patienten pro Wagen.“ Und „wir müssen vor Ort entscheiden, wer gleich in Spitäler transportiert oder wer nahe des Einsatzortes über längere Zeit behandelt wird.“ Alles zusammen wird „sicher auch eine unglaubliche Materialschlacht.“

Mit den Spitalskapazitäten wird man „selbst in Wien überfordert sein.“ Die Linzer Kepler-Uniklinik hat mit 18 Sälen den größten OP-Bereich Österreichs. Der „muss erst freigeräumt sein und dann brauche ich 18 Chirurgen, Assistenten und Pfleger.“ Die zu behandelnden Verletzungen sind naturgemäß unterschiedlich. Opfer von Stichwaffen



Landeskommandant des Roten Kreuzes Oberösterreich Reinhard Schmidt

erleiden oft großen Blutverlust, bei Sprengstoff mit „vielen Verletzten, aber weniger Toten“ gibt es die unterschiedlichsten Verwundungen. Das „Car-Ramming“ fordert viele Schwerverletzte (Polytraumas), samt dem Problem, dass „die Einsatzräume mitunter riesig sind.“

Trotz Krisen-Einsatzplänen und vieler Übungen sieht Schmidt einige offene Punkte. Etwa wer entscheiden kann, ob eine Terrorlage vorliegt: „Eine der großen Unklarheiten, wahrscheinlich müssen es alle miteinander abklären.“ Bei der Einteilung der Gefahrenzonen haben „Polizei und Rettungskräfte unterschiedliche Zugänge, etwa was Abstände betrifft.“ Bei der gemeinsamen Einsatzführung passen Führungsebenen der Organisationen nicht immer zusammen. Weiters der Umstand, dass außer dem Bundesheer praktisch niemand gesicherte Fahrzeuge zur Bergung Verletzter hat und „mir niemand garantieren kann, dass nicht ein Täter mit Sprengstoffgürtel unter den Verletzten liegt.“

Ein Triage dürfen normal nur eigens geschulte Notärzte vornehmen, erklärte der „einsatzerprobte“ ehemalige Chefarzt der Wiener Polizei, Reinhard Fous. Ein „Triage-Arzt“ muss auch immer wieder kontrollieren, ob sich nicht der Zustand eines Patienten ändert.



geschichte

DIE BVT-AFFÄRE: NICHTS NEUES UNTER DER SONNE

Traurig, aber wahr: Wenn man die Geschichte des österreichischen Staatsschutzes recherchiert, kommt eine Abfolge von Skandalen, Landesverrat und Intrigen zum Vorschein. Österreich hätte sich Besseres verdient.

Es ist höchst ungestüm, was da in der anonymen Anzeige gegen 21 Beamte des BVT geschrieben stand, die Auslöser der BVT-Affäre war. Völlig untergegangen ist dabei die Behauptung, dass es einen „Maulwurf“ im BVT gegeben hätte. Die Beamten Kloibmüller, Zöhrer und Ita sollen nicht nur Köpfe eines mafiösen Netzwerkes gewesen sein, sondern auch ein Hit-Team zur Ausforschung dieses Maulwurfes gegründet haben. Ob es tatsächlich (wieder einmal) eine undichte Stelle gab, wird der BVT-Ausschuss wohl kaum klären. Dass es aber schon mehrmals solche Affären in der Staatspolizei gegeben hat, ist kein Geheimnis.

Desinformation ist eine gängige Methode von Nachrichtendiensten, um einen gegnerischen Dienst zu verunsichern, sie ist kein österreichisches Novum. Die Anschuldigung, dass es jemanden in den

eigenen Reihen gibt, der Informationen an Dritte weitergibt, ist eine oft praktizierte Praxis. Leider sind derartige Meldungen aber nicht immer Fakes.

Egal. Es geht um das Risiko, dass ein Angehöriger gerade jener Einheit, die den Staat und seine Institutionen sichern soll, genau das Gegenteil macht, seine Geheimnisse verrät. Im Bereich der Nachrichtendienste tummeln sich scheinbar die meisten Doppelagenten. Natürlich fällt da jedem sofort die Geschichte von Oberst Redl ein, der als stellvertretender Leiter des Evidenzbüros, also der damaligen militärischen Abwehr, für den zu erwartenden Gegner Russland arbeitete. Doch bleiben wir in der 2. Republik.

Der Beginn der Staatspolizei im Jahre 1945 war ja nicht unbedingt eine Erfolgsgeschichte. Man machte den Kommunisten Dr.

Heinrich Dürmayer zum Leiter der neuen Staatspolizei, der, oh Wunder, sofort Gesinnungsgenossen an die Schaltstellen setzte. Diese sahen sich nicht der Republik verpflichtet, sondern bereiteten Österreich darauf vor, ein kommunistisch beherrschtes Staatsgebilde zu werden. Der damalige Innenminister, Oskar Helmer, erkannte die Gefahr und machte Dr. Oswald Peterlunger zum neuen Chef der Staatspolizei, der „aufräumen“ sollte. Geändert wurde auch der Name: Die Truppe wurde von „Staatspolizei“ auf „Staatspolizeiliche Abteilung“ umgetauft und unterstand als „Gruppe C“ dem Generaldirektor für öffentliche Sicherheit.

Legendär die Situation, dass Peterlunger bei Amtsübernahme einen leeren Tresor vorfand. Die Akten waren zeitgerecht entfernt oder vernichtet worden. Jetzt galt es die Maulwürfe auszuschalten, wofür

Peterlunger eine fünfte Gruppe, die ausschließlich die vorhandenen vier Gruppen beobachten sollte, gründete. Tatsächlich konnte man den „Geheimplan 3“ auskundschaften, was möglicherweise mit ein Grund war, dass der Putsch 1950 nicht zu einer kommunistischen Machtübernahme führte. Die Rechtfertigung Dürmayers war, dass 20 bis 30 Beamte die Amerikaner mit Material versorgt hätten.

WER ARBEITETE EIGENTLICH FÜR ÖSTERREICH?

Im Herbst 1955 zeigte sich, dass noch immer Beamte der Staatspolizei für die Sowjets arbeiteten. Der Kriminalbeamte Georg Winterer konnte sich rechtzeitig vor der Enttarnung mit Frau und Kind in die UdSSR absetzen. Offensichtlich war der Leiter des Kommissariats Favoriten, Vinzenz Seiser, der Auftraggeber von Winterer. Er erschoss sich, ebenso wie der involvierte Kriminalbeamte Miroslav Cmerjek.

Ende 1963 ergaben Hinweise und Indizien, dass ein Ministerialrat des BMI für das Ausland arbeitet. Von Dr. Alfred P., Sektionsrat im BMI, nahm man sogar an, dass er der gesuchte Maulwurf sei und für den CSSR-Geheimdienst als Tiefenaufklärer arbeitete. Er soll der sagenumwobene „Mister 7“ gewesen sein. Statt Anzeige und Urteil gab es, wie so häufig, nur eine Versetzung.

Ende der 60er, Anfang der 70er Jahre des vorigen Jahrhunderts war die Staatspolizei neuerlich mit Vorwürfen konfrontiert, dass einige ihrer Leute mit osteuropäischen Geheimdiensten zusammenarbeiten würden. Auch wenn man heute weiß, dass eigentlich nur unbedeutende Informationen wie Meldedaten an die Geheimdienste der DDR und CSSR verkauft wurden, so war der Ruf doch nachhaltig geschädigt. Als Maulwürfe wurden nur untergeordnete Beamten ermittelt, der angebliche Obermaulwurf wurde nie enttarnt.

Schon ein größeres Kaliber war Johann Ableidinger, Ex-Staatspolizist und Privatdetektiv. Er verkaufte Insiderinformationen der Staatspolizei an das Ausland und wurde

1962 enttarnt. Sein Mittäter, Polizeirayonsinspektor Norbert Kurz, überließ ihm etwa 400 Befragungen von CSSR Flüchtlingen, wovon prompt 130 an den BND weitergingen.

1968 folgte der „Fall Euler“, just in dem Jahr, in dem Ableidinger verurteilt wurde. Alois Euler, Presseberater von Innenminister Franz Soronics, wurde als Agent entlarvt. Er arbeitete nicht nur für den BND, sondern auch für den tschechischen Geheimdienst. Enttarnt wurde Euler übrigens nicht von österreichischer Seite, sondern



Innenminister Soronics hatte einen Agenten in seinem Beraterteam

NACHRICHTENDIENST

Eine Organisation, die zur Gewinnung von Erkenntnissen über außen-, innen- oder sicherheitspolitische Lagen durch nachrichtendienstliche Mittel und Maßnahmen, sowie zur Abwehr ausländischer Nachrichtendienste und der Feststellung sicherheitsgefährdender Tätigkeiten dient. Träger eines Nachrichtendienstes kann sowohl der Staat, als auch ein privater Eigentümer sein. Nachrichtendienste sind unterschiedlich organisiert, werden (wie in Österreich) aber üblicherweise in zivile und militärische getrennt. Häufig sind auch der Inlandsnachrichtendienst und der Auslandsnachrichtendienst getrennt.

Der überwiegende Teil der von Nachrichtendiensten gewonnenen Erkenntnisse entstammt offenen Quellen (Adress- und Telefonbücher, Statistiken, Veröffentlichungen, Presseaussendungen, Fachzeitschriften usw.). Ein geringerer Teil kommt aus nicht öffentlichen Quellen (z.B. Informanten, gekaufte Informationen) oder technischer Überwachung.

GEHEIMDIENST

Grundsätzlich muss man zwischen verdeckt operierenden und offen agierenden Geheimdiensten unterscheiden. „Verdeckte oder geheime Nachrichtendienste“ werden meist vom Träger geleugnet und sind vorwiegend in Diktaturen anzutreffen. Geheimdienste betreiben häufig auch ein Agentennetz im Ausland um dort menschliche Quellen anzuzapfen.

Im Prinzip sind Geheimdienste Nachrichtendienste mit erweiterten Befugnissen. Typisch ist, dass von Geheimdiensten verdeckte Operationen durchgeführt werden. Ein Teil der Nachrichtendienste, wie z.B. die CIA, verfügt dafür über paramilitärische Abteilungen zur Durchführung von Kommandounternehmen. Geheimdienste entziehen sich gerne der geregelten staatlichen oder parlamentarischen Kontrolle. Ein innerstaatlicher Geheimdienst wird mitunter als „Geheimpolizei“ bezeichnet.

POLIZEIORGANISATIONEN FÜR DEN STAATSSCHUTZ

Typisch für diesen Typ von Nachrichtendienst ist der österreichische Staatsschutz mit BVT und Folgebehörden. Das BVT ist im Prinzip ein ziviler Inlandsnachrichtendienst, aber nicht eigenständig, sondern dem Innenministerium angegliedert. Ebenso typisch ist, dass diese Art des Nachrichtendienstes ihr Personal vorwiegend aus dem Fundus der allgemeinen Polizei rekrutiert. Wesentlich ist, dass derartige Organisationen als Polizei agieren und daher nur anlassbezogen agieren dürfen, während eigenständige Nachrichtendienste ohne konkreten Verdacht im Vorfeld ermitteln dürfen.

vom BND. Sein Geständnis brachte 47 Beamte der Staatspolizei unter Spionageverdacht.

Ernüchternd die Meinung des damaligen parlamentarischen Untersuchungsausschusses: Die jahrelange Durchsetzung von österreichischen Ämtern, Organisationen und Verbänden aller Bereiche mit Mitarbeitern ausländischer Dienste hat dazu geführt, dass die Sicherheit österreichischer Staats- und Wirtschaftsgeheimnisse als „sehr niedrig“ einzuschätzen ist.

Kaum war eine Krise vorbei, stellte man fest, dass Beamte der Staatspolizei Informationen über Flüchtlinge an den berüchtigten rumänischen Geheimdienst Securitate weitergegeben haben. Selbst die militärischen Dienste in Österreich vermieden damals allzu engen Kontakt mit der Staatspolizei. Zu groß war die Gefahr, dass Informationen postwendend in den Osten weitergehen, wie mir ein unter dubiosen Verhältnissen verstorbener hochrangiger Abwehrmann gesteckt hat.

Noch liegt sie unter Verschluss, die Akte Dr. Gustav Hohenbichler. Der trinkfeste „schöne Gustav“, wie er genannt wurde, soll für den DDR-Geheimdienst spioniert haben und wurde 1993 von der CIA enttarnt. Als stellvertretender Leiter der Wiener Staatspolizei hatte er Zugang zu geheimsten Akten, doch man schob einige an ihm vorbei, denn schon seit den 80er Jahren wurde gemunkelt, dass er zu enge und freundschaftliche Kontakte zu Leuten von der Stasi habe. Auch hier wieder keine Anzeige, keine Verurteilung. Er konnte die letzten Jahre seines Lebens als Leiter der Fremdenpolizei sein Ausgedinge abarbeiten.

Zuletzt wurde gegen Dr. Gert-Rene Polli (BVT-Direktor von 2002-2008) ermittelt. Nicht Spionage, sondern ein Naheverhältnis zum iranischen Regime wurde ihm vorgeworfen, was den Amerikanern überhaupt nicht gefiel. Dass dann noch die Beschuldigung des schweren Betruges im Raum stand, wird wohl der Grund sein, warum er den derzeitigen Direktor, Mag. Peter Gridling, doch nicht ablöste.

• richard.benda@kripo.at

KRIPO.AT RÄTSEL

Die letzte Rätselfrage 2018 befasste sich mit der Vorgängerorganisation des BVT bzw. der Staatspolizei. Wie sie bei der Gründung 1920 hieß, war offenbar nicht leicht zu eruieren. Im Gegensatz zu sonst, wurden dieses Mal viele falsche Antworten geben. Nur zwei Rätselfreunde (Rudolf Katzenbeisser und Johann Kerschbaum) antworteten richtig: „Politische Zentralevidenzstelle“. Ihnen wird ein Buch zugeschickt.

Zur Aufklärung: Nach dem Ende des 1. Weltkrieges, im Herbst 1918, wurde der militärische Nachrichtendienst von der jungen Republik aufgelöst. Die Angst war groß, dass kaisertreue Offiziere putschen könnten. Im Gegensatz dazu blieb die Staatspolizei, die seit 1914 von Johann Schober als „kaiserlicher Kundschafterdienst“ geführt wurde, von den Auflösungstendenzen mehr oder weniger unberührt. Schober rettete Organisation und Personal vom Kaiserreich in die Republik. Er dachte sogar daran, auch die Aufgaben des aufgelösten militärischen Nachrichtendienstes zu übernehmen.

Im August 1920 glaubte Schober sein Ziel erreicht zu haben. Die „Politische Zentralevidenzstelle“ wurde ins Leben gerufen. Die Übernahme aller Akten und Archive des Heeresnachrichtendienstes gelang jedoch nicht, denn Schober hatte nicht mit dem Widerstand der Militärs gerechnet. Die Nachrichtenabteilung des Verteidigungsministeriums verweigerte den Zugriff auf ihre Unterlagen. Die „Zentralevidenzstelle“ blieb daher was sie war, ein ziviler, inländischer Nachrichtendienst unter der Ägide des Innenministeriums. Ein Vorgang, der 1930 mit der Gründung der Generaldirektion für Öffentliche Sicherheit abgeschlossen war, in dessen Bereich die Staatspolizei nun als „Abteilung 1“ eingegliedert wurde.

Die Frage in dieser Ausgabe werden wir leichter machen, wir bleiben aber im Nachrichtendienst-Milieu:

Ein ehemals in Wien tätiger CIA Mitarbeiter brachte es 1966 bis zum CIA-Direktor. Wie hieß er?

**Antworten bis 15. März 2019 an
sekretariat@kripo.at.**

kripo.at 

Besuchen Sie unsere neue Website

www.kripo.at

- **Aktuell**
- **Informativ**
- **Interaktive Online-Ausgabe der Zeitschrift „kripo.at“**

KRIPO.AT TERMINE

VKÖ Schießen

21.02.2019, 14:00-17:00 Uhr
 Schützenverein „1602 Stockerau“
 2000 Stockerau, Alte Au 2
 nähere Informationen unter:
 sekretariat@kripo.at



JAHRESAUSFLUG: WOHIN SOLLEN DIE REISEN KÜNFTIG GEHEN?

Wir sind immer bemüht, die Anliegen unserer Mitglieder zu vertreten und natürlich auch Wünsche in unser Angebot einfließen zu lassen. Der jährliche VKÖ-Ausflug sei ein Höhepunkt im Vereinsleben, wie vor allem ältere Mitglieder sagen; für die jüngeren und noch dienstlich aktiven sind die Vorträge – immer am Puls der Zeit – besonders attraktiv.

Nun möchte ich in meiner Funktion als Organisationsreferent Eure Meinung darüber hören/lesen, ob der Mitgliederausflug auf einen Tag begrenzt sein soll, oder ob eine oder gar zwei Übernachtungen auch gewünscht wären. Warum frage ich das? Es gibt zahlreiche Ziele in Österreich und im benachbarten Ausland (z.B. in Kärnten oder Tschechien), deren Besuch sich nur mit einer Übernachtung lohnt, da An- und Abreise länger dauern.

Nur durch einen Überblick und die Auswertung zahlreicher Meinungen können das Gesamtinteresse in kommende Projekte einfließen und auch die Wünsche der Mitglieder umgesetzt werden. Ich will hiermit eine Diskussion losstreiten und bitte um zahlreiche Meldungen an alexander.heindl@kripo.at (oder schriftlich an das Sekretariat) und ersuche um konstruktive Kritik.

Außerdem interessiert mich, welche Themenpunkte bei den Ausflügen Niederschlag finden sollten, seien es nun geschichtliche Objekte, Kunst und Kultur oder ganz einfach Zeit zur freien Verfügung.

• alexander.heindl@kripo.at (Organisationsreferent)

Aus dem VKÖ-Archiv

Spitzbuben-Album

Nachdem die Telegraphie bei der Polizei seit kurzem in größerem Maße zur Anwendung gebracht werden soll, wird jetzt auch die Photographie ausgiebiger verwendet.

Polizeidirektor Lemonnier hat die Anlegung eines Albums angeordnet, in dem die Porträts der raffiniertesten Verbrecher Aufnahme finden sollen. Nachdem eine Verfolgung der Täter nach einem Verbrechen umso schwerer ist, da die Personsbeschreibung meist nicht genügt, einen Täter mit Sicherheit zu erkennen. Da die meisten Verbrechen von entlassenen Sträflingen verübt werden, sollten nun die berüchtigsten Gauner bevor sie die Freiheit erlangen photographiert und die Bilder in jenem Album eingereiht werden. Dem Sicherheitszwecke wird es die besten Dienste leisten, auch wenn es immer unvollständig bleiben muß, da viele Spitzbuben bekanntlich uneingesperrt herumlaufen.

(Quelle: Die Presse 24.5.1870)



VKÖ-AUSFLUG 2019: LANDTECHNIK & EDELSERPENTIN

Wer am 11. Mai mit der VKÖ ins schöne Burgenland fährt, kann den Spagat zwischen Landtechnik und Edelserpentin locker schaffen. Der Ausflug führt ins Landtechnik Museum in Sankt Michael. Und nach einem gepflegten Mittagessen geht's weiter ins Felsenmuseum von Bernstein, wo wir den Edelserpentin näher kennenlernen werden. Den Abschluss bildet wie immer ein zünftiger Heurigenbesuch.

Um den Ausflug wirtschaftlich gestalten zu können, ist eine Mindestteilnehmeranzahl von 30 Personen Voraussetzung. Also sind zahlreiche Anmeldungen im Sekretariat der VKÖ (bis 15. März) erbeten. Die Kosten betragen pro Teilnehmer 35 Euro und sind wie immer am Beginn der Fahrt zu entrichten.